

**Mannheimer
Montag-
mittag-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Das iranische Atomprogramm – eine
Herausforderung für die Stationierung von
Abwehrraketen in Europa oder für eine neue
militärische Intervention der USA?**

Egbert Jahn

5. November 2007

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Universität Mannheim
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
D-68131 Mannheim
Tel.: +49-621 181 2842, 3302
Fax: +49-621 181 2845
allgemeine E-mail: Egbert.Jahn@mzes.uni-mannheim.de
Vorlesungs-E-mail: streitfragen@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html

Zusammenfassung

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy warnte jüngst vor einer bevorstehenden katastrophalen Alternative: der iranischen (Atom-)Bombe oder der Bombardierung Irans, d. h. vor einem Interventionskrieg zur Vernichtung der iranischen Atomanlagen mit konventionellen Bomben. Der Iran selbst erklärt immer wieder, daß sein Atomprogramm inklusive der Urananreicherung allein der Energieversorgung dienen soll. Noch wird versucht, Iran entweder für eine Beendigung oder für eine internationale Kontrolle der Urananreicherung, deren Produkte militärisch genutzt werden können, zu gewinnen. Nach amerikanischen Schätzungen bleiben noch fünf Jahre bis zur möglichen Konstruktion einer iranischen Atombombe, nach manchen französischen sogar nur noch ein Jahr. Iranische Mittelstreckenraketen zur Aufnahme von nuklearen Sprengköpfen wurden bereits erfolgreich getestet. Sie könnten Israel und in einer neuen Version bald auch Europa erreichen. Auch eine Interkontinentalrakete, die Ziele in den USA treffen könnte, scheint geplant.

Anders als die indische, pakistanische und nordkoreanische Atombombe ist das iranische Atomprogramm im Zusammenhang mit regionalpolitischen und islamistisch-theokratischen Ambitionen und Aktivitäten im Irak, im Libanon und den Drohungen des iranischen Präsidenten Machmud Ahmadinedschad zu sehen, Israel von der Landkarte zu tilgen.

Ein in Tschechien und Polen vorgesehene US-amerikanische Raketenabwehrsystem soll zwar nur gegen Iran gerichtet sein, wird aber auch in Rußland als neue Bedrohung angesehen. Damit kann das iranische Atomprogramm eine neue Rüstungsdynamik zwischen dem Westen und Rußland auslösen. Das rußländische und aserbaidchanische Angebot, eine gemeinsame Raketenabwehr in Aserbaidchan zu installieren, wurde von den USA bisher abgelehnt.

Während die USA und insbesondere Israel eine militärische Aktion gegen die iranischen Atomanlagen offen in Betracht ziehen, bemühen sich die EU und vor allem Rußland und China um eine friedliche Lösung des Atomstreits durch eine Kombination von Anreizen und selektiven Sanktionen. Harte Sanktionen können zwar den Iran ökonomisch erheblich schwächen, aber kaum den national konsensualen atompolitischen Willen brechen und scheinen zudem das gegenwärtige Regime zu stabilisieren. Die Kombination von selektiven Sanktionen mit starken Anreizen zur Einbindung Irans in die Weltwirtschaft und in die regionalpolitischen Ordnungsbemühungen hat gegenwärtig noch einige Chancen. Im schlimmsten Falle ist jedoch die Schaffung eines regionalen nuklearen Abschreckungssystems einem, wahrscheinlich sogar zu wiederholenden Interventionskrieg vorzuziehen.

1 Iranische Bombe oder Bombardierung Irans

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy warnte jüngst vor einer bevorstehenden katastrophalen Alternative: der iranischen (Atom-)Bombe oder der Bombardierung Irans, d. h. vor einem Interventionskrieg zur Vernichtung der iranischen Atomanlagen mit konventionellen Bomben. Zwar sind die internationalen Handlungsmöglichkeiten heute noch nicht auf diese Alternative geschrumpft, aber ein Trend in diese Richtung ist unübersehbar.

Sollte der schlimmste Fall einer Reduktion der Handlungsmöglichkeiten auf die erwähnte Alternative eintreten, müßte die Welt entweder lernen, mit den Atombomben Irans und dann bald wohl auch weiterer Staaten zu leben, wie sie es bisher lernen mußte, sich außer mit den nuklearen Arsenalen der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder auch mit denen Indiens, Pakistans, Israels und neuerdings vielleicht auch Nordkoreas für längere Zeit abzufinden. Oder sie müßte die Entscheidung der USA oder auch nur Israels mit Rückendeckung der USA hinnehmen, die iranischen Atomanlagen in Natanz und vielleicht auch in Isfahan, Arak, Buscher und anderen Orten zu bombardieren.

Im Falle Nordkoreas scheint es in den letzten Monaten gelungen zu sein, die Produktion weiterer nuklearer Waffen über die bisherige Zahl von rund sechs Sprengkörpern hinaus durch die Stilllegung der entsprechenden nordkoreanischen Atomanlagen zu beenden, wofür das Land ausgedehnte ökonomische Hilfeleistungen erhält. Es ist weit unwahrscheinlicher, den Iran von seinem bedrohlichen Atomprogramm durch ähnlich umfangreiche wirtschaftliche und politische Anreize und milden selektiven Druck abbringen zu können. Gleichzeitig erscheint das iranische Atomprogramm international vielenorts als wesentlich bedrohlicher als das nordkoreanische.

Der Iran selbst erklärt immer wieder, daß sein Atomprogramm allein der Energieversorgung dienen solle. Er hat weder angekündigt, Atomwaffen produzieren zu wollen noch den Nichtverbreitungsvertrag zu kündigen. Allerdings haben wiederholt iranische Politiker mit der Kündigung des Vertrags gedroht. Gleichwohl hat der Iran wiederholt die Kontrollen seiner Atomanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA behindert, dessen Gouverneursrat schließlich dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Februar 2006 berichtete, der Iran habe seit 18 Jahren mehrfach seine rechtlichen Verpflichtungen gegenüber der IAEA gebrochen und eine „Politik der Verheimlichung“ seines Atomprogramms verfolgt. Daraufhin nahm Iran seine Arbeiten zur Urananreicherung wieder auf, welche aufgrund eines Abkommens mit den drei EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland im

November 2004 suspendiert worden waren. Zudem verbot er Überraschungsinspektionen durch die IAEA. Im April 2006 erklärte Präsident Ahmadinedschad, daß nunmehr erstmals in Natanz die Urananreicherung mit 3.000 Zentrifugen gelungen, der Iran also nunmehr ein Nuklearstaat sei. Allerdings wird im Westen vielfach bezweifelt, daß die Zentrifugen bereits zur Verfügung stehen. Nach Einschätzung der IAEA reicht das bisher noch nicht für die Kernwaffenherstellung aus, die erst in drei bis acht Jahren möglich sei. In den USA wird damit gerechnet, daß der Iran noch etwa fünf Jahre zur Herstellung einer Atombombe benötigt, in Frankreich meint man jedoch, daß dazu nur ein Jahr ausreichen könnte.

Strittig ist nicht, daß Iran Kernkraftwerke errichten darf. Ende 2006 waren bereits in 31 Ländern 437 Kernkraftwerke (d. h. genauer: Reaktorblöcke) in Betrieb. In der Regel werden dabei in Leichtwasserreaktoren Brennstäbe aus Uran mit einem Anteil von 3-4 % angereichertem Uran-235 verwandt. Natur-Uran hat nur einen Anteil von 0,7 % Uran-235, muß also durch ein technisch hochkompliziertes Verfahren angereichert werden, wozu heute vorzugsweise Gaszentrifugen verwandt werden. Gering angereichertes Uran ist nicht für den Bau von Nuklearwaffen geeignet. Es muß dafür ein Anreicherungsgrad von über 90 % erreicht werden. Beim „Verbrennen“ der Brennstäbe entsteht Plutonium, das wie angereichertes Uran-235 für den Waffenbau verwandt werden kann. Bei der Wiederaufarbeitung der Brennstäbe entsteht ebenfalls waffenfähiges Plutonium.

Der Iran erstrebt erklärtermaßen einen vollständigen nuklearen Kreislauf an. D. h. in Zentraliran wird Uranbergbau betrieben, in Natanz und Arak sollen Brennstäbe wieder aufgearbeitet werden, und die Anreicherung von Uran soll in industriellem Maßstabe erfolgen. Die Rede ist von 50.000 Gaszentrifugen. Aber schon der längere, konstante Betrieb von 3.000 Zentrifugen reicht aus, um nach vielen Monaten waffenfähiges Uran zu erzeugen.

Im Nichtverbreitungsvertrag von 1968, der oft Atomsperrvertrag genannt wird und seit 1970 in Kraft ist, haben sich die vertragschließenden Staaten u.a. verpflichtet, ihre Industrieanlagen von der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Hinblick darauf inspizieren zu lassen, daß sie nur für zivile und nicht für militärische Zwecke genutzt werden. In einem Zusatzprotokoll von 1998, das bisher noch nicht von allen NVV-Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden ist – so auch nicht vom Iran –, verpflichten sich die vertragschließenden Staaten, auch unangemeldete Inspektionen der IAEA zuzulassen.

Im Dezember 2002 haben die USA erstmals den Verdacht geäußert, daß der Iran insgeheim zwei Anlagen zur Herstellung von waffenfähigem Plutonium betreibe. Seither ist der Streit

um ein unter Umständen geheimes Nuklearwaffenprogramm und um die Behinderung der IAEA-Kontrolle der Atomanlagen Irans eskaliert.

Am stärksten fühlt sich Israel durch den Iran bedroht, nicht nur wegen des iranischen Atomprogramms, sondern wegen der wiederholten offenen Infragestellung der Existenzberechtigung Israels und der Anwesenheit der Juden in Palästina durch den neuen, im Juni 2005 gewählten Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad sowie wegen der massiven Unterstützung der palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah mit Finanzen und Waffenlieferungen. Auch die sunnitischen arabischen Staaten Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien und Syrien sehen die regionalpolitischen und atomaren Ambitionen des schiitischen Irans mit größtem Mißtrauen. Der Bau einer iranischen Atombombe würde das Verlangen nach einem arabischen militärischen Atomarsenal weiter anheizen, das zuvor schon durch die israelische Atombewaffnung stimuliert worden war.

Die potentielle iranische Atomrüstung ist nicht nur von regionaler Bedeutung, sondern hat mehrere weltpolitische Implikationen, so vor allem die Entstehung weiterer Nuklearwaffenstaaten, die Stimulierung neuer Kernwaffen- und Raketenprogramme der derzeitigen Nuklearmächte, den Streit um das US-amerikanische Raketenabwehrprogramm in Polen und Tschechien und die Drohungen Rußlands, bisherige Rüstungskontrollvereinbarungen über die Mittelstreckenraketen und über konventionelle Truppen zu kündigen. In den letzten Tagen sind die verbalen Drohungen beträchtlich eskaliert. Unmittelbar nach einem Besuch Präsident Putins in Teheran warnte Präsident Bush am 17. Oktober auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus die politischen Führer der Welt, sie müßten Iran an der Entwicklung von Atomwaffen hindern, wenn sie "an der Vermeidung eines Dritten Weltkriegs interessiert sind". Im Gegenzug verglich Putin beim EU-Rußland-Gipfel am 26. Oktober das Raketenabwehrprogramm der USA in Polen und Tschechien mit der Kuba-Krise vom Oktober 1962, als die Welt tatsächlich am Rande eines nuklearen Weltkrieges stand.

2 Recht auf zivile und militärische Atompolitik versus militärische Präventivintervention gegen Atomrüstung

Zur Debatte stehen vier grundsätzliche politische Standpunkte in der internationalen Politik:

1. Anreize für eine Reintegration Irans in das internationale Wirtschaftssystem und für den Ausbau seiner zivilen nuklearen Optionen zur Energieversorgung sowie Einbindung des Irans in eine regionale Sicherheitsordnung im Nahen und Mittleren Osten in Verbindung mit

selektiven Sanktionen gegen den harten Flügel der iranischen Elite, 2. Interventionskrieg zur Vernichtung der militärisch nutzbaren Atomanlagen im Iran, 3. Inkaufnahme einer atomaren Aufrüstung Irans und Etablierung eines regionalen nuklearen Abschreckungssystems mit einem westlichen oder westlich-rußländischen und israelischen Raketenabwehrsystem, 4. Annahme, daß der Iran lediglich die zivile Nutzung der Kernenergie anstrebe und aus nationalem Prestigedenken die Kontrolle durch die IAEA behindere.

Die Position „Anreize in Verbindung mit selektiven Sanktionen“ wird vor allem von Rußland, China sowie von zahlreichen Politikern und Experten (Irankennern, Friedensforschern, Fachleuten internationaler Beziehungen, Journalisten) vertreten, die der gegenwärtigen US-amerikanischen Weltpolitik der Bush-Regierung oder allgemein militärischer Interventionspolitik äußerst kritisch gegenüberstehen. Die Verfechter dieser Position wollen dem Iran die Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO, die Aufhebung des langjährigen Embargos durch die USA sowie der Sanktionen anbieten, die der VN-Sicherheitsrat am 23. Dezember 2006 (Res. 1737) und dann mit geringer Verschärfung vom 24. März 2007 (Res. 1747) beschlossen hatte. Die Verfechter dieser Position gehen von einer prinzipiellen Reforminteressiertheit und Weltoffenheit der Mehrheit der iranischen Bevölkerung aus und wollen die durchaus heterogenen Reformkräfte innerhalb der iranischen Elite um die ehemaligen Präsidenten Sayed Mohammed Chatami und Ali Akbar Haschemi Rafsandschani gegenüber den politisch-missionarischen, schiitisch-islamistischen Scharfmachern stärken. Die Vertreter der erwähnten Position setzen längerfristig auf einen Systemwandel durch internationale Annäherungs- und Integrationspolitik, vor allem auch durch eine Beteiligung des Irans an einer konstruktiven Lösung der Probleme im Irak, im Libanon, in Palästina und möglicherweise auch in Afghanistan.

Eine militärische Intervention zur Vernichtung der für eine Nuklearrüstung nutzbaren Atomanlagen im Iran wird zwar direkt von keiner Regierung angedroht, aber von den USA und Israel nicht prinzipiell ausgeschlossen. Die iranische Regierung scheint nach dem Desaster der US-amerikanischen Irakintervention nicht mit der Bereitschaft der USA zu einem weiteren Interventionskrieg zu rechnen. Gab es nach dem raschen Sieg gegen die Truppen Saddam Husseins im Frühjahr 2003, der nur geringe Verluste der verbündeten Interventionsstreitkräfte forderte, viele Spekulationen über einen weiteren Bodenkrieg der USA gegen Syrien oder den Iran, so ist heute im Lichte der anhaltenden Terroranschläge und der bewaffneten Kämpfe mit Aufständischen im Irak nur von einem Luftkrieg die Rede. Der Iran droht offen mit einer umfassenden Reaktion, die sowohl kriegerische und terroristische

Aktionen als auch ökonomische Sanktionen umfassen würde, die die Weltwirtschaft drastisch beeinträchtigen können. Allgemein wird mit einer Solidarisierung des größten Teils der iranischen Bevölkerung mit der gegenwärtigen Regierung im Falle eines US-amerikanischen oder eines israelischen Bombenangriffs mit faktischer Unterstützung der USA gerechnet, obwohl sich die Lebensverhältnisse im Iran im Falle eines Interventionskrieges dramatisch verschlechtern würden. Interventionsdrohungen haben deshalb offenbar keinen erkennbaren einschüchternden und von der Fortsetzung des Atomprogramms abschreckenden Effekt.

Bei aller diplomatischen Zurückhaltung in den indirekten Drohungen der Bush-Regierung ist nicht zu übersehen, daß einzelne Politiker und außenpolitische Berater sowie neokonservative Intellektuelle die Politik der Anreize in Verbindung mit selektiven Drohungen für illusionär halten. Einige sprechen offen von einer Appeasement-Politik und benutzen wieder einmal das politische Schlagwort „München 1938“, das im Westen immer wieder genutzt wird, wenn es darum geht, eine harte, unversöhnliche Politik der Kriegsbereitschaft zu verfechten. Vor allem israelische und jüdische US-amerikanische Intellektuelle fordern offen die militärische Zerstörung der iranischen Atomanlagen, möglichst noch im letzten Jahr der Amtsperiode George W. Bushs. Dieser Tage hat einer der außenpolitischen Berater des nicht chancenlosen republikanischen Präsidentschaftskandidaten und ehemaligen New Yorker Bürgermeisters Rudolph Giuliani, Norman Podhoretz, von der Notwendigkeit eines Krieges gegen den „Islamofaschismus“ gesprochen. Er sagte: „Wenn wir Iran bombardieren – und ich hoffe und bete, daß wir es tun – wird dies eine Welle des Antiamerikanismus auslösen, gegen die der Antiamerikanismus, den wir bis jetzt ertragen haben, ein Liebesfest war.“ Schon im November 2006 meinte der berühmte Harvard-Professor Daniel J. Goldhagen in einem Interview mit „Spiegel Online“: „Sollte Iran kurz vor der Bombe stehen, wäre es unverantwortlich, sein Atomprogramm nicht zu zerstören. Erinnern Sie sich an 1981. Die Zerstörung des irakischen Atomreaktors war die nach dem Zweiten Weltkrieg wichtigste militärische Operation für die Menschheit.“ In der Regierung scheint vor allem Vizepräsident Richard B. Cheney einen Militärschlag gegen den Iran für unvermeidbar zu halten.

Die Anhänger des dritten Standpunkts (Inkaufnahme einer Nuklearrüstung Irans) stimmen zwar mit den erwähnten Politikempfehlungen der Kooperations- und gemäßigten Sanktionsbefürworter überein, sind jedoch skeptisch hinsichtlich des Erfolgs dieser Politik. Sie rechnen - wie die Verfechter der zweiten Position - mit der Möglichkeit, daß der Iran von seinen vermutlichen nuklearen Aufrüstungsplänen nicht abzubringen ist. Sie lehnen jedoch einen präventiven Interventionskrieg ab, einmal aus prinzipiellen völkerrechtlichen Bedenken,

zum zweiten wegen der verheerenden Folgen eines solchen Schrittes für die Weltwirtschaft und für die Sicherheit vor zusätzlichen islamistischen Terroranschlägen. Sie gehen davon aus, daß das US-amerikanische und israelische Nukleararsenal eine hinreichende Abschreckung darstelle, so daß der Iran seine Atomwaffen gar nicht nutzen werde. Auch ein nuklear gerüsteter Iran müsse, wie alle anderen neuen Atomkräfte auch, vielleicht nach einer Schamfrist des Protests und wirkungsloser Sanktionen in kooperative internationale Beziehungen einbezogen werden. Diese dritte Position kann nicht offen von Regierungen und exponierten Politikern verfochten werden, um nicht die heute noch bestehende Chance, den Iran von der vermuteten Atomrüstungsabsicht abzubringen, zu mindern. Dezidierte Äußerungen, die einen Interventionskrieg gegen den Iran ausschließen, deuten jedoch auf die skeptisch-realistische Haltung hin, die eine iranische Nuklearrüstung in Rechnung stellt. Die meisten Regierungen in der EU sowie China und Rußland scheinen diese Einstellung zu besitzen, wobei erstere zu stärkeren Drohgebärden neigen.

Die vierte Position geht davon aus, daß der Iran tatsächlich nur die zivile Nutzung der Kernenergie anstrebt. Aus dieser Sicht läßt sich die Weigerung, das iranische Atomprogramm gänzlich offen zu legen, allein aus Gründen des nationalen Prestige und historischer Verletzungen des nationalen Selbstwertgefühls erklären. Auch der Irak unter Saddam Hussein habe offensichtlich keine nukleare Rüstung betrieben, aber sich dennoch nicht bereit erklärt, seine Industrieanlagen unbeschränkt durch die IAEA kontrollieren zu lassen. Auch der Iran könnte möglicherweise die US-amerikanische Interventionskriegsbereitschaft unterschätzen, so daß ein Krieg die Folge wechselseitiger Fehleinschätzungen wäre. Rußland und zurückhaltender auch China erklären, daß sie gegenwärtig keine Gefahr einer nuklearen Rüstung Irans erkennen können.

Das Recht des Irans auf eine zivile, international kontrollierte Nutzung der Atomenergie ist unbestritten. Iran gilt zwar als Land mit den viertgrößten Öl- und den zweitgrößten Gasreserven und exportiert einen erheblichen Teil seiner Öl- und Gasproduktion, hat jedoch nur rückständige und unzureichende Raffinerien und ist gezwungen, Benzin im großen Umfang einzuführen. Ein Bedarf an Nuklearenergie kann also gegenwärtig nicht abgestritten werden, so daß das Atomprogramm als solches noch kein Indiz für militärische Absichten ist, wie manche Kommentatoren meinen. Zwar fordern die USA und die EU eine vollständige Einstellung der Urananreicherung, aber eine solche ist durchaus völkerrechtskonform, insofern sie unter Kontrolle der IAEA erfolgt und eine nur geringe Anreicherung mit Uran-

235 gewährleistet ist, die keine Waffenproduktion ermöglicht. Das Angebot Rußlands, die Urananreicherung für den Iran in Rußland vorzunehmen, hat der Iran abgelehnt.

Zwar will die große Mehrheit der Staaten die Entstehung weiterer militärischer Nuklearmächte über den Kreis der derzeit sieben international anerkannten (die fünf ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates, Indien und Pakistan) oder neun inoffiziellen (mit Israel und Nordkorea) Mächte verhindern, aber prinzipiell hat jeder Staat das Recht, den Nichtverbreitungsvertrag zu kündigen und Nuklearwaffen zu entwickeln, allerdings nur für seine Verteidigung. Die Verknüpfung des aggressiven politischen Programms des iranischen Präsidenten und der ihn stützenden Elitefraktionen, das die Tilgung des VN-Mitgliedsstaates Israel von der Landkarte vorsieht, mit einer faktischen Unterstützung von politischen Bewegungen in den Palästinensergebieten und im Libanon, die sich die Beseitigung des Staates Israels und der jüdischen Besiedlung dieses Landes zum Ziel gesetzt haben, sowie die vermutliche Arbeit an einer nuklearen Rüstungsoption stellen allerdings eine tatsächliche Bedrohung des Weltfriedens dar. Damit eine solche Einschätzung jedoch ein internationales Einschreiten rechtfertigt, bedarf es völkerrechtlich einer entsprechenden Feststellung des VN-Sicherheitsrates, der auch über die Art und Weise des Einschreitens beschließen müßte.

3 Historische iranische Drohungen und Bedrohungsängste und die Renaissance der Mittelstreckenraketen und Raketenabwehr

Die Geschichte des iranischen Atomprogramms hat eine technische und eine politisch-psychische Seite. Bereits im Jahre 1974 begann die Firma Siemens mit dem Bau eines Atomreaktors in Buscher am Persischen Golf. Kurz vor seiner Vollendung mußten die Arbeiten wegen des irakischen Angriffskrieges gegen den Iran, der von 1980 bis 1988 dauerte, eingestellt werden. In diesem Krieg setzten die Iraker auch Massenvernichtungsmittel, nämlich Gaswaffen, ein. 1995 wurden die Arbeiten am Kernkraftwerk wieder aufgenommen und vollendet, diesmal von russischen Firmen. Die Inbetriebnahme war schon vor vielen Monaten vorgesehen, scheiterte aber bisher angeblich an finanziellen Streitigkeiten zwischen Rußland und Iran. Vermutlich ist aber Teheran bisher nicht bereit, die Wiederaufarbeitung der Brennstäbe unter russischer Kontrolle, sei es in Rußland oder im Iran, vornehmen zu lassen.

Das iranische Atomprogramm scheint außerordentlich populär als ein Symbol nationaler Souveränität und Sicherheit sowie nationalen Prestiges. So wird es sogar von der politischen

Systemopposition mitgetragen. Selbst wenn Teile der Elite bereit wären, es mit Rücksicht auf ihre internationalen Interessen und die Risiken für den Iran aufzugeben, so könnten sie es kaum wagen, offen einen Verzicht zu propagieren. Unklar ist aber, ob die fast einhellige Befürwortung des Atomprogramms in der Elite und Bevölkerung nur die offiziellen, zivilen Komponenten des Atomprogramms betrifft oder auch die militärischen. Intensive Kontrollen durch die IAEA stehen offenbar im Verdacht, überwiegend US-amerikanischen und israelischen Interessen zu dienen. Präsident Ahmadinedschad drückt sicher weit im Iran verbreitete Einstellungen aus, wenn er anprangert, daß der Westen nicht die israelische Nuklearrüstung kritisiert und die USA wie die anderen Nuklearmächte keineswegs daran denken, die im Nichtverbreitungsvertrag niedergelegten Versprechen zur nuklearen Abrüstung einzuhalten. Im Umkehrschluß ruft diese heftige Kritik an der israelischen, US-amerikanischen und britischen Atomrüstung – die rußländische und chinesische wird nicht direkt attackiert wie auch nicht die französische – die Vermutung hervor, daß Iran aus dieser Argumentation das unausgesprochene Recht herleitet, Nuklearwaffen zu besitzen.

Es gibt auch in der westlichen Öffentlichkeit immer wieder USA- und Israel-kritische Stimmen, die diesen Gedankengang teilen, jedoch nicht mit dem Ziel, den Erwerb von Kernwaffen durch den Iran zu unterstützen, sondern im Gegenteil, Impulse für die nukleare Abrüstung Israels und auch der nuklearen Großmächte zu setzen. Zumindest wollen sie durch die Beschwörung einer bevorstehenden iranischen und dann auch arabischen Nuklearrüstung für eine nuklearwaffenfreie Zone Naher und Mittlerer Osten werben. Eine Doktrin, die nur liberalen Demokratien Nuklearwaffen zugesteht, nicht aber autoritären und diktatorischen Regimen, halten diese Stimmen nicht nur für völkerrechtswidrig, sondern auch für scheinheilig, da der Westen auch die rußländische, chinesische und vor allem auch die pakistanische Nuklearrüstung duldet bzw. duldet. Die US-amerikanische Unterscheidung zwischen gewöhnlichen Diktaturen und besonders gefährlichen „Schurkenstaaten“ – zu denen heute meist nur noch der Iran gerechnet wird, nachdem Nordkorea, Libyen und Syrien sich militär- und wirtschaftspolitisch kooperativer gegenüber den USA gezeigt haben – wird von diesen linken und liberalen Stimmen abgelehnt. Sie halten die proamerikanischen Diktaturen für nicht minder freiheits- und friedensgefährdend als die antiamerikanischen.

In der kollektiven politischen Psyche großer Teile der iranischen Bevölkerung spielen historische Demütigungen durch Großbritannien und die USA eine erhebliche Rolle, obwohl es auch viele Iraner gibt, die den beiden Westmächten zugute halten, daß sie 1945/46 und 1954 den Iran vor einer drohenden sowjetischen und kommunistischen Herrschaft schützten.

1945/46 stand Iranisch-Aserbaidschan unter der Herrschaft der in der Sowjetunion entstandenen teils kommunistischen, teils liberal-nationalistischen Tudeh-Partei. Im April 1951 nationalisierte die von der großen Mehrheit des Parlaments getragene und von der Tudeh-Partei sowie dem hohen Klerus und Ajatollah Kashani unterstützte Regierung von Mohammad Mossadegh die Anglo-Iranische Ölgesellschaft (AIOC), die spätere British Petroleum (BP), die bis dahin 80 % des Erdölgewinns erhalten hatte. Großbritannien blockierte daraufhin den iranischen Erdölexport und löste dadurch eine große Wirtschaftskrise im Iran aus. Diese begünstigte die Übertragung von außerordentlichen Vollmachten an Mossadegh, der sie unter anderem zu einer Entmachtung des Schahs und zu einer radikalen Landreform nutzte, in der landwirtschaftliche Kollektiv- und Staatsbetriebe entstanden. Die USA befürchteten einen wachsenden Einfluß der Tudeh-Partei und der Sowjetunion und betrieben mit Hilfe der CIA einen Armeeputsch zum Sturz des Ministerpräsidenten Mossadegh und zur Restauration der Macht von Mohammad Reza Schah Pahlavi.

Im Januar 1979 wurde derselbe Schah endgültig durch die islamistische Nationalbewegung gestürzt und die Islamische Republik unter der Führung des Ajatollah Ruholla Chomeini etabliert. Die Weigerung der US-Regierung, den geflüchteten Schah auszuliefern, wurde zum Vorwand für eine mehrmonatige demütigende Geiselnahme von 51 Angehörigen der US-Botschaft, die in den Vereinigten Staaten seither nachhaltig das Gefühl der Bedrohung durch das Regime der Mullahs geprägt hat. Das peinliche Mißgeschick eines militärischen Versuchs zur Befreiung der Geiseln schädigte zusätzlich das Prestige der USA. Die USA unterstützten politisch und mit Waffenlieferungen einige Monate später den irakischen Angriffskrieg unter Saddam Hussein gegen den Iran, der von 1980 bis 1988 dauerte und rund eine Million Menschenleben auf beiden Seiten kostete. 1995 verhängten die USA wegen der iranischen Unterstützung von Terroraktionen im Nahen Osten und in zahlreichen Ländern ein Handels- und Finanzembargo über die Islamische Republik.

Seit der Weigerung Irans, den Forderungen der IAEA auf Zugang zu seinen Atomanlagen zu entsprechen, dringen die USA auf scharfe Sanktionen des VN-Sicherheitsrates, erreichten aber wegen des Widerstands Rußlands und Chinas bisher lediglich die beiden erwähnten, sehr gemäßigten Sanktionsbeschlüsse vom Dezember 2006 und März 2007. Daraufhin beschlossen die USA mehrere, sich steigernde einseitige Sanktionsmaßnahmen, die auch große Firmen dritter Länder treffen, die umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zum Iran pflegen. Vor allem die großen europäischen Banken und Firmen beugen sich dem US-amerikanischen Druck. Ein dauerhaftes und umfassendes Embargo gegen den Iran ist aber schwerlich durchzusetzen, da

vor allem China und Indien am iranischen Öl und Gas, aber auch Rußland am Warenaustausch mit dem Iran interessiert sind. Dennoch kann durch ein Embargo zusätzlich zu dem der USA die iranische Wirtschaft stark geschädigt werden wie auch der Iran umgekehrt den Welterdölpreis in die Höhe treiben kann. Dennoch wird von Experten damit gerechnet, daß selbst eine schwere Schädigung der iranischen Wirtschaft kaum einen Wechsel in der iranischen Atompolitik oder gar einen Regimewechsel bewirken kann, sondern eher über längere Zeit hinweg das gegenwärtige kompromißlose Regime stärken wird.

Israel verfolgt seit vielen Jahren mit Sorge die Entwicklung im Iran. Der neue Präsident Mahmud Ahmadinedschad griff die antisemitische Tradition Ajatollah Chomeinis auf und forderte im Oktober 2005, Israel von der Landkarte zu tilgen. Im Mai 2007 warnte er Israel vor einem neuerlichen Angriff auf den Libanon, sonst werde „sich der Ozean der Nationen der Region empören und das zionistische Regime mit Stumpf und Stiel ausrotten“. Anfang Juni 2007 erklärte er: „Mit Gottes Hilfe haben die Kinder Libanons und Palästinas den Countdown zur Zerstörung des zionistischen Regimes in Gang gesetzt.“ Wiederholt erklärte er, es sei wissenschaftlich noch nicht erwiesen, daß es eine systematische Judenvernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft gegeben habe. Aber selbst wenn es ihn gegeben habe, müßte ein jüdischer Staat, so Ahmadinedschad, allenfalls in Deutschland und Österreich gegründet werden, nicht aber im arabisch-muslimischen Palästina. Schließlich spielt die massive finanzielle und logistische Unterstützung der Hamas in den palästinensischen Gebieten, der schiitischen Hisbollah im Libanon und der schiitischen Milizen im Irak durch das Regime im Iran eine erhebliche Rolle in der Bedrohungswahrnehmung nicht nur Israels, sondern auch der USA und der EU. Israelische Politiker fordern den Ausschluß Irans aus den Vereinten Nationen und erwägen offen eine Bombardierung der iranischen Atomanlagen nach dem Vorbild der israelischen Bombardierung des fast fertigen irakischen Atomreaktors in Osirak am 7. Juni 1981. Zur Zeit wird auch darüber gerätselt, ob Israel vor wenigen Wochen, am 6. September, einen im Bau befindlichen und von Nordkorea gelieferten Atomreaktor in Syrien bombardiert hat und damit den Iran warnen wollte. Inzwischen gibt es starke Indizien hierfür. Gleichwohl haben weder Israel, noch Syrien oder andere arabische Staaten bisher die Zerstörung eines Atomreaktors in Syrien öffentlich bestätigt.

In Rußland, China, Pakistan und Indien wird das iranische Atomprogramm weit weniger als bedrohlich angesehen. Rußland und China widersetzten sich wiederholt den US-amerikanischen und dann auch westeuropäischen Forderungen nach massiven

Strafmaßnahmen des VN-Sicherheitsrates gegen den Iran, billigten aber immerhin zweimal relativ milde ökonomische und politische Sanktionen.

4 Interventionenkrieg oder potentielle atomare Abschreckung

In der gegenwärtigen Situation scheinen die Aussichten auf einen Erfolg der diplomatischen Bemühungen, Iran von seinem Atomprogramm und von seiner Weigerung, seine Industrieanlagen uneingeschränkt durch die IAEA kontrollieren zu lassen, eher recht gering. Dies ist allerdings kein Grund, sie nicht fortzusetzen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß dann der VN-Sicherheitsrat oder, falls Rußland und China weiterhin die Gefahr der iranischen Nuklearrüstung nicht sehen wollen, nur die USA und der Westen sowie Israel vor der Alternative stehen, entweder präventiv die iranischen Atomanlagen zu bombardieren oder ein neues nukleares Abschreckungssystem zu etablieren, das eine Raketenabwehr unter anderem in Polen, Tschechien und Israel einschließen wird. Der Streit mit Rußland um ein solches Raketenabwehrsystem könnte nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge noch einvernehmlich gelöst werden, indem Rußland an diesem Raketenabwehrsystem beteiligt wird, unter Umständen unter Einbeziehung seiner Radaranlagen in Gabala/Aserbaidschan. Eine Alternative hierzu wäre eine völlige Transparenz des westlichen Raketenabwehrsystems für Inspektoren Rußlands. Die Etablierung der Raketenabwehr allein aufgrund bilateraler Abkommen wäre zweifellos eine empfindliche Schwächung der NATO, so daß die europäischen NATO-Mitglieder wahrscheinlich vor der Alternative stehen werden, entweder ihren Einfluß in der NATO zu verlieren und die sicherheitspolitischen Aspirationen der EU zu unterminieren oder sich mehr oder weniger den Vereinbarungen zwischen den USA, Polen und Tschechien anzuschließen.

Eine Bombardierung der iranischen Nuklearanlagen hätte schwer berechenbare Folgen. Sicher scheint nur, daß es eine breite Solidarisierung in der islamischen Welt mit dem Iran geben und der islamische Terrorismus erheblich zunehmen würde. Recht sicher sind auch eine drastische Erhöhung des Erdöl- und Gaspreises und dadurch ausgelöste Turbulenzen in der Weltwirtschaft. Ungewiß ist, ob der Iran nach den Bombardements dazu übergehen wird, Erdölanlagen in den mit den USA eng verbündeten Staaten am Persischen Golf zu zerstören, was auch einen See- und Bodenkrieg auslösen könnte. Hatte bereits der Irakkrieg Zigtausenden wenn nicht mehr Menschen das Leben gekostet, so würden ein Irankrieg und von ihm ausgelöste Terroraktionen kaum weniger blutig verlaufen. Außerdem würden die Freiheitsrechte auch in den Demokratien weiter eingeschränkt werden.

Die Fortsetzung des iranischen Atomprogramms mit der Folge einer nuklearen Aufrüstung Irans und des Ausbaus seiner Raketenstreitkräfte hätte, falls sie von allen Großmächten geduldet wird, zweifellos ebenfalls erhebliche weltpolitische Auswirkungen. Zwar wäre kaum mit einem nuklearen Angriffskrieg Irans zu rechnen, jedoch würde die internationale Rüstungsdynamik fatale neue Impulse erhalten. Falls keine Einigung zwischen den USA und Rußland über ein gemeinsames oder koordiniertes Raketenabwehrprogramm gelingt, besteht die Gefahr, daß die Vereinbarung über die Abschaffung von nuklear bestückten Mittelstreckenraketen aus dem Jahre 1997 von Rußland gekündigt wird und eine neue Runde der nuklearen Aufrüstung zwischen Rußland und dem Westen begänne, die die Ansätze zur Demokratisierung Rußlands unterminieren sowie die gesamteuropäischen Kooperationsbeziehungen tiefgreifend beeinträchtigen würden.

Zudem ist jegliche neue militärische Nuklearmacht ein Stimulus für viele andere Staaten, ebenfalls eine eigene Nuklearrüstung in Betracht zu ziehen, vor allem, wenn sie eine territorial oder gesellschaftspolitisch expansive Außenpolitik betreibt. Die Nuklearrüstung der Großstaaten Indien (1,1 Milliarden Einwohner) und auch Pakistan (152 Millionen) konnte nicht verhindert werden. Eine nukleare Mittelmacht mit erheblichem ökonomischen Potential wie Iran (67 Millionen Einwohner), die nicht wie Pakistan in ein regionales nukleares Abschreckungssystem eingebunden ist, wäre ein weit größerer Anreiz für die Nuklearrüstung anderer Mittelmächten und größerer Staaten als die beiden Sonderfälle Israel und Nordkorea. Immerhin war es in den letzten Jahrzehnten gelungen, die nuklearen Waffenarsenale der Ukraine, Kasachstans, von Belarus und Südafrika zu beseitigen, und zahlreiche andere Staaten wie Brasilien, Argentinien, Ägypten, Libyen, Algerien, Rumänien, Polen, Jugoslawien, Australien, Schweden und die Schweiz zu bewegen, ihre Aspirationen, militärische Nuklearmacht zu werden, entweder aufzugeben oder auf unabsehbare Zeit zu vertagen. Auch in anderen Ländern wie der Türkei oder Japan könnte der Ruf nach eigenen Atomwaffen stark werden, sollten der Iran und dann arabische Staaten sich ein nukleares Waffenarsenal zulegen.

5 Anreize für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten oder für ein regionales atomares Abschreckungssystem

Welche internationale Politik im Umgang mit dem iranischen Atomprogramm ist ratsam? Gegenwärtig ist eine Strategie der Verhandlungen mit dem Iran, in denen eine Einbindung

dieses Landes in die Weltwirtschaft mit einem WTO-Beitritt und in die regionale Konfliktregulierung mit dem Druck verknüpft wird, die IAEA zur umfassenden Kontrolle der Nuklearanlagen zuzulassen, noch sinnvoll. Das Angebot, einen Leichtwasserreaktor für die Energiegewinnung und Ersatzteile für die zivilen Flugzeuge zu liefern, ausländische Investitionen zur Modernisierung der maroden Öl- und Gasproduktion und –verarbeitung zu tätigen, Iran an das internationale Pipeline-Netz anzuschließen, die subversive Unterstützung aufstandsbereiter Systemgegner einzustellen sowie die Sicherheit vor westlicher Militärintervention zu garantieren, könnten für wesentliche Teile der iranischen Machtelite und Bevölkerung durchaus so attraktiv sein, daß sie auf eine nukleare Rüstung verzichten und die Regeln der IAEA voll befolgen. Dennoch kann ein Scheitern solcher Kooperationsangebote nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Iran könnte tatsächlich versucht sein, Nuklearwaffen zu produzieren und auf weitreichenden Raketen zu dislozieren.

In diesem Falle wäre die Bildung eines nuklearen Abschreckungssystems, so risikoreich es auch ist, einem präventiven Interventionskrieg zur Zerstörung der Atomanlagen kurz vor der Fertigstellung von Atomwaffen vorzuziehen. Die USA oder auch die NATO könnten ihre faktischen Sicherheitsgarantien für Israel im Falle eines drohenden Angriffs mit nuklear bestückten Raketen formalisieren und unter Umständen auch ein Raketenabwehrsystem, am besten gemeinsam mit Rußland, aufbauen. Die gegenwärtigen Pläne für ein US-amerikanisches Abwehrsystem mit Radar in Tschechien und Abschußanlagen in Polen aufgrund bilateraler Abkommen sind sowohl schädlich für den Zusammenhalt der NATO als auch für das Verhältnis zwischen dem Westen und Rußland. Außerdem würde dadurch dem Iran das fatale Signal gegeben, daß der Westen weder an den Erfolg seiner gegenwärtigen Verhandlungsstrategie glaubt noch daran denkt, die iranischen Rüstungspläne militärisch zu vereiteln. Ratsam wäre ein Doppelbeschluß des NATO-Rußland-Rates, der lediglich für den Fall einer bevorstehenden Produktion und Dislozierung von iranischen Raketen mit Nuklearsprengköpfen oder mit Gaswaffen den Ausbau eines gemeinsamen NATO-Rußland-Raketenabwehrsystems vorsieht, das auch ein erweitertes Radarsystem der rußländischen Streitkräfte in Gabala/Aserbajdschan einschließen könnte. Der Aufbau eines iranischen nuklearen Waffenarsenals und die Unterlassung einer Militärintervention zu seiner Verhinderung muß das Risiko in Kauf nehmen, daß arabische Staaten und andere Mittelmächte ebenfalls nuklear aufrüsten, sofern sie nicht in US-amerikanische Sicherheitsgarantien wie die europäischen Staaten einschließlich der Türkei und Japan einbezogen werden.

Gegenwärtig ist ein Verzicht Israels auf Nuklearwaffen undenkbar. Dennoch könnte internationale Politik sich das Ziel einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten setzen, das erreichbar scheint, sobald sich die Sicherheitslage Israels konsolidiert hat, also vermutlich erst in einigen Jahrzehnten, wenn die Staaten und Gesellschaften der Region die Existenz Israels glaubwürdig und dauerhaft anerkannt haben. Die internationale Festlegung auf ein derart langfristiges Ziel könnte iranischen und arabischen Ansprüchen auf Gleichberechtigung mit den Israelis entgegenkommen.

Eine Wiederbelebung der Friedensbewegung ist dringend erforderlich. Diese hat sich bisher immer schwer getan, eine doppelseitige Friedenspolitik zu entwerfen, und sich meist auf die lineare Kritik der Rüstungs-, Kriegs- und Außenpolitik der Regierungen der eigenen Länder konzentriert, da diese unter demokratischen Bedingungen leichter veränderbar scheint. Die Kritik der Politik anderer als verbündeter Länder wurde meist aus der Furcht unterlassen, damit der Rüstungs- und Konfrontationspolitik der eigenen Regierungen Vorschub zu leisten. Auf die Dauer kommt die Friedensbewegung aber nicht umhin, eine Friedenspolitik nach zwei Seiten gleichzeitig zu entwickeln. Im vorliegenden Falle wäre die aktive, öffentliche Propagierung folgender Ziele erforderlich: 1. Einstellung aller Bestrebungen zur Nuklearrüstung im Iran, 2. Unbeschränkte Kontrolle der für zivile Energiegewinnung vorgesehenen Atomanlagen durch die IAEA, 3. Stopp aller Vorbereitungen für das Bombardement der iranischen Atomanlagen in den USA, Israel und anderswo, 4. Einbeziehung Irans in die Verhandlungen über eine kooperative Konfliktregulierung und die wirtschaftliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.

6 Reale Gefahr eines israelischen und US-amerikanischen Interventionskrieges

Gegenwärtig kann nicht ausgeschlossen werden, daß die iranische Führung wie seinerzeit Saddam Hussein die US-amerikanische Bereitschaft zu einem Interventionskrieg unterschätzt, weil sie die Bedeutung des Desasters der Irakpolitik der USA, der kriegskritischen Stimmung in der US-Bevölkerung und der militärischen Stärke des Irans mit 67 Millionen Einwohnern im Vergleich zu den nur 25 Millionen Iraks überschätzt. Maßgebliche Politiker in den Regierungen der USA und Israels könnten in den nächsten Monaten durchaus erfolgreich auf ein Bombardement iranischer Atomanlagen noch während der Amtsperiode George W. Bushs dringen. Dabei sind mehrere Szenarien denkbar: 1. Der Angriff wird von US-amerikanischen Flugzeugen und Cruise Missiles ausgeführt und mit der iranischen Mißachtung der

Resolutionen des VN-Sicherheitsrates und der IAEA sowie mit der iranischen Verwicklung in Terroranschläge im Irak begründet. 2. Der Angriff wird von israelischen Flugzeugen in Absprache und mit logistischer Hilfe der US-Regierung ausgeführt und mit den wiederholten aggressiven Drohungen Irans gegen die Existenz Israels begründet. 3. Der Angriff wird von israelischen Flugzeugen auf Eigeninitiative der israelischen Regierung ohne Absprache mit der US-Regierung, aber mit faktischer Billigung von Teilen des US-Regierungsapparates vollzogen, um die US-Regierung unter Solidarisierungs- und Zugzwang zu setzen. In allen Fällen wird außer der iranischen Mißachtung der Beschlüsse des VN-Sicherheitsrates und der IAEA der Interventionskrieg als Präventionskrieg und als Wahrnehmung des Rechts auf (kollektive) Selbstverteidigung nach Art. 51 SVN gerechtfertigt werden, was insbesondere im Falle einer israelischen Militäraktion in großen Teilen der Weltöffentlichkeit zumindest auf Verständnis stoßen wird, vor allem, wenn die iranische Führung in den nächsten Wochen ihre Drohungen gegen Israels erneuern und verschärfen sollte.

Auch wenn das internationale Präemptionsrecht einen militärischen Angriff vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriffskrieg zur Verletzung oder Beseitigung der Souveränität eines Staates in Verteidigungsabsicht und mit politischen Verteidigungszielen erlaubt, so gestattet es doch keinen Präventionskrieg, mit dem einer vermuteten Aggression in vielen Monaten oder gar Jahren vorgebeugt werden soll, indem ein aggressives, diktatorisches Regime gestürzt und dessen Potentiale zur Produktion von Massenvernichtungswaffen vernichtet werden. Dennoch muß damit gerechnet werden, daß maßgebliche Kreise in der US-amerikanischen und israelischen Regierung, unter anderem mit Berufung auf die historische Erfahrung der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik, ein Präventionsrecht moralisch und politisch in Anspruch nehmen werden.

Die Aussparung des von Rußland gebauten Atomreaktors Buscher von den Militäraktionen dürfte wichtig sein, um Rußlands Antwort auf diese Schritte auf bloße symbolische Protestaktionen zu reduzieren. Wichtig dürfte außerdem sein, daß die USA weiterhin Bereitschaft zeigen, bei der Debatte über ein Raketenabwehrsystem in Europa auf die Empfindlichkeiten Rußlands einzugehen und die Dislozierung des Systems entweder zu vertagen, was im Falle einer Bombardierung der iranischen Atomanlagen leicht möglich wäre, oder gemeinsam mit Rußland zu betreiben, um auch andere Staaten als den Iran von der Entwicklung von Raketen, die Massenvernichtungswaffen tragen können, abzuhalten.